LANDESHAUPTSTADT

WIESBADEN

Landeshauptstadt Wiesbaden | Amt 16 | Postfach 39 20 | 65029 Wiesbaden

Amt der
Stadtverordnetenversammlung

Schlossplatz 6*
65183 Wiesbaden
Sachbearbeiter: Ralf Morbe
Telefon: 0611 31-3314

Tagesordnung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2025

1. Umsetzung auf die TO I

Fehlanzeige

2. Anträge, Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 22.05.2025 betr. Friedenstüchtiges Wiesbaden

I/4	Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und Volt
I/7	Nachgereichter Antragstext der Fraktionen FDP und CDU vom 20.05.2025
I/8	Nachgereichter Antragstext der Fraktion Die Linke vom 16.05.2025
II/3	Stellungnahme der Vorsitzenden des Seniorenbeirates

3. Protokollerklärungen und Abstimmungsverhalten

Es liegen Protokollerklärungen von CDU, FDP, AfD und FWG/Pro Auto vor (s. Anlagen).

Allgemeine Hinweise

Jeder/jede Mandatsträger/in ist zu jedem Punkt verpflichtet zu prüfen, ob ein Widerstreit der Interessen vorliegt. Ist diese Möglichkeit gegeben, so ist dies anzuzeigen und der Sitzungssaal zu verlassen. Eine Teilnahme als Zuhörer/Zuhörerin ist nicht zulässig. Zu den Bauleitplanungen kann im Amt der Stadtverordnetenversammlung Einsicht in die entsprechenden Pläne genommen werden.

BLW ULW Wardak

Rathausfraktion

BLW/ULW/Wardak Rathausfraktion
Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr
- Im Hause -

BLW/ULW/Wardak
Rathausfraktion

Rathaus Zimmer 306
Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden

Fraktionsvorsitzende:
Renate Kienast-Dittrich
Stellv. Fraktionsvorsitzende:
Veit Wilhelmy, Faissal Wardak

Telefon: 0611 313303 / 313309
Fax: 0611 315999

Mail: blw-ulw-big@wiesbaden.de

Wiesbaden, den 22.05.2025

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2025

Friedenstüchtiges Wiesbaden

Deutschland verfügt über etwa 600 Stück Taurus-Marschflugkörper ("Taurus"), davon sind etwa 300 Stück als „einsatzfähig" bezeichnet worden.

Der Taurus kann feindliches Radar mit hoher Geschwindigkeit - schätzungsweise 1100 Kilometer in der Stunde – in weniger als 50 Meter Höhe unterfliegen. "Taurus" ist sehr schwer zu bekämpfen oder auch nur elektronisch zu stören, denn das System fliegt mit gleich vier voneinander unabhängigen Navigationssystemen.

Am 4. März 2025 bedrohte Putins Vertrauter Wladimir Solowjow Deutschland für den Fall der Lieferung von Taurus mit der „Tilgung vom Erdboden". Auch der Kreml reagierte auch auf Merz' Äußerung den Taurus zu liefern. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, Merz' Maßnahmen würden zu einer „neuen Eskalation" führen.

Seit dem Taurus-Abhörfall-Skandal 19. Februar 2024 zwischen ranghohen deutschen Offizieren, macht Herr Merz sich zu eigen, dass Taurus an die Ukraine geliefert werden soll. Sogar Angriffsziele definiert Merz: Die Krim-Brücke und weitere ...

Ein Taurus Marschflugkörper kostet je nach Berechnung und Quelle 950.000 Euro bis 3,5 Millionen Euro. Merz will Hunderte davon an die Ukraine liefern. Die Taurus-Marschflugkörper werden von Taurus Systems GmbH produziert, einem Joint Venture zwischen MBDA Deutschland (67%) und Saab Dynamics AB (33%). MBDA ist Teil des europäischen Rüstungskonzerns Airbus, BAE Systems. Saab ist ein schwedisches Unternehmen. Die Investoren von MBDA Deutschland und Saab sind BlackRock und Vanguard. Merz war Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock Deutschland.

Taurus-Marschflugkörper haben eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern. Damit können Ziele tief in Russland getroffen werden, was dann eine direkte Eskalation mit Moskau ist.

Für den effektiven Einsatz des Taurus ist eine komplexe Zielprogrammierung notwendig. Das kann nur mit deutschem Fachpersonal oder Unterstützung vor Ort erfolgen – was einem proaktiven Kriegseintritt Deutschlands mit Russland gleichkommt.

Die Ukraine hat bereits britische Storm Shadow- und französische SCALP-Raketen erhalten, die ähnliche Funktionen erfüllen wie der Taurus.

Der Taurus ist Teil der strategischen Bewaffnung der Bundeswehr und teuer sowie schwer nachzubeschaffen.

Eine Atommacht wie Russland kann nicht besiegt werden, auch nicht mit dem Taurus. Ein atomare Eskalation gilt es abzuwenden.

Wiesbaden ist besonders gefährdetes Angriffsziel wegen der Beteiligung der Koordinierung von Militäreinsätze durch das neue und vergrößerte NATO-Hauptquartier (Europa/Ukraine) sowie dem amerikanischen Europa Militär-Hauptquartier in Wiesbaden. Dies geht mittlerweile aus mehreren unabhängigen Quellen hervor beispielsweise aus einem Artikel der New York Times von Ende März 2025.

Auch ranghohe Persönlichkeiten thematisieren dies zunehmend. Beispielsweise: Der ehemalige ukrainische Oberbefehlshaber und heutige Botschafter in Großbritannien, Walerij Saluschnyj, hat bestätigt, dass ukrainische Militäreinsätze im Krieg gegen Russland in enger Abstimmung mit den USA geplant wurden – und zwar in Wiesbaden. Laut Saluschnyj wurden dort Operationen konzipiert, Kriegssimulationen durchgeführt und konkrete Bedarfe der ukrainischen Streitkräfte ermittelt. Diese Informationen seien direkt an Washington und europäische Hauptstädte weitergeleitet worden. Saluschnyj schrieb wörtlich, Wiesbaden sei zur "Geheimwaffe für unsere Partner und mich geworden", um Operationen und ihre Durchführung zu planen.

Die Bevölkerung von Wiesbaden erwartet eine klare Positionierung der Kommunalpolitik in dieser Frage.
In einem möglichen Kriegsfall mit Nuklearwaffen ist Wiesbaden Erstschlagziel und damit extrem gefährdet.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich grundsätzlich gegen die Lieferung von Taurus Marschflugkörpern an die Ukraine aus.

Veit Wilhelmy
Stellv. Fraktionsvorsitzender

I/4

An den Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 20. Mai 2025

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I/4 25-F-02-0004 Zukunftsfähige Aufstellung der Pflege in Wiesbaden zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2025

Zukunftsfähige Aufstellung der Pflege in Wiesbaden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

I. *Die Stadtverordnetenversammlung*
ALT:

a) *nimmt den aus § 8 Abs. 2 SGB XI hervorgehenden gesetzlichen Auftrag ernst, ~~der~~ bei der Versorgung mit stationärer und ambulanter Pflege auch die Kommunen in ~~die Pflicht nimmt;~~*
NEU:
in eine koordinierende Pflicht zu nehmen;

b) *ALT:*
erkennt an, dass ~~die bloße Erwartung von Gesetzesänderungen auf Bundes- oder Landesebene sich nicht als ausreichend erweist und die Landeshauptstadt Wiesbaden ernsthafte Versuche unternehmen muss, um die Weichen zu stellen, damit die voraussichtlich benötigte Zahl an zusätzlichen Pflegeplätzen erreicht wird.~~
NEU:
für eine zukunftsfähige pflegerische Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor die gesetzliche Grundlage „Vorrang der häuslichen Pflege" (ambulant vor stationär) gemäß §3 SGB XI gilt. In der koordinierenden Funktion der Kommune - in Zusammenarbeit mit Trägern und Betreibern - muss dabei sowohl die ambulante Versorgungsstruktur als auch die stationäre Versorgung im Blick behalten werden. Dabei sind auch innovative Versorgungsmodelle zu prüfen und verstärkt

migrationsspezifische Bedarfe und ausreichende Kapazitäten für eine kultursensible Pflege anzustreben.

II.

Ziffer a)- e) unverändert.

Gesine Bonnet/Prof. Dr. Johannes Luderschmidt
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Felix Kisseler
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Silas Gottwald
Fraktionsvorsitzender, SPD

Silas Gottwald
Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Pascal Wolf
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt

I17

Freie Demokraten
FDP im Rathaus

CDU
RATHAUSFRAKTION
WIESBADEN

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Dr. Gerhard Obermayr
- im Hause -

Wiesbaden, 20.05.2025

Antrag der Stadtverordnetenfraktionen der Freien Demokraten und der CDU für die Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2025

Betreff: Baustellen und Verkehrssituation in der Innenstadt

Die Wiesbadener Innenstadt ist sowohl auf Straßen als auch in der Fußgängerzone von (teilös monatelang unterbrochenen) Baustellen durchzogen. Darunter leidet die Attraktivität der Innenstadt erheblich.

Dies gilt etwa für den Schlossplatz, wo bereits alle Bäume abgeholzt wurden, aber keinerlei weitere Schritte zur die Fertigstellung des Platzes ersichtlich sind oder für die Ellenbogengasse, wo zahlreiche Leitungen erneuert werden sollten, was aber zwischenzeitlich unterbrochen wurde.

In beiden Fällen ist völlig unklar, in welchem Zeitraum die beiden Bauvorhaben fertiggestellt werden können. Gleichzeitig ist es eine erhebliche Belastung für die Einzelhändler und Anwohner, wenn Bauvorhaben einerseits lange dauern und andererseits völlig unklar ist, wann diese fertiggestellt werden. In knapp über zwei Monaten beginnt mit der Rheingauer Weinwoche eines der wichtigsten Feste unserer Stadt. Dafür werden nämlich zahlreiche Besucherinnen und Besucher in die Wiesbadener Innenstadt kommen, die sich zu diesem Zeitpunkt bestmöglich präsentieren sollte. Ob und wie der Schlossplatz für die Weinwoche trotz der Verzögerungen genutzt werden kann, bleibt bislang offen.

Auch die verkehrliche Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem motorisierten Individualverkehr ist deutlich verbesserungswürdig. Gerade in der aktuellen Situation mit zahlreichen Großbauvorhaben – insbesondere auf der Emser Straße und der Schwalbacher Straße – wird die Erreichbarkeit erheblich beeinträchtigt. Es erscheint unverständlich, warum die entsprechenden Baumaßnahmen einen so erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen, während es in anderen Stellen unproblematisch möglich ist, Bauvorhaben durch verschiedene Maßnahmen zu beschleunigen.

Angesichts der fatalen Ergebnisse für Wiesbaden in der Vergleichsstudie „Vitale Innenstädte" sollte es ein Anliegen aller Beteiligten sein, notwendige Baumaßnahmen in der Innenstadt so schnell und störungsfrei wie möglich durchzuführen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten:
    a. Wie ist der weitere Ablauf bei den genannten Bauvorhaben (Ellenbogengasse, Schlossplatz) in der Innenstadt geplant?
    b. Können die ursprünglichen Termine zur Fertigstellung – Juni 2025 für die Ellenbogengasse, Herbst 2025 für den 1. Bauabschnitt des Schlossplatzes) gehalten werden? Wenn nein, wann ist mit einer Fertigstellung zu rechnen?
    c. Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen, um die genannten Bauvorhaben (Schwalbacher Straße, Emser Straße, Ellenbogengasse und Schlossplatz) zu beschleunigen?
    d. Wie wird der Stand der Bauvorhaben zum Zeitpunkt der Rheingauer Weinwoche sein?

2. im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 die Stelle eines Baustellenmanagers innerhalb des vorhandenen Stellenkontingents anzumelden.
3. angesichts der Verzögerungen und ihrer Auswirkungen auf die Attraktivität der Innenstadt die Einführung eines Bonus-Malus-Systems für Auftragnehmer (Prämien bei schneller Baufertigstellung, Abzüge bei Verzögerungen) abermals zu prüfen.

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Daniela Georgi
Fraktionsvorsitzende

Daniel Butschan
Fraktionsgeschäftsführer

I18

An den Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr
über Amt 16, im Hause

Wiesbaden, 16. Mai 2025

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2025

Pflege entlasten statt überlasten

Mit der bundesgesetzlich neu eingeführten, zweckgebundenen Refinanzierung der Personalkosten in der Pflege war das Ziel verbunden, Pflegekräfte in den Krankenhäusern spürbar zu entlasten. Seit dem Jahr 2025 dürfen daher ausschließlich Pflegefachkräfte sowie qualifizierte Pflegehilfskräfte über das Pflegebudget abgerechnet werden, das die Krankenhäuser auf Grundlage tatsächlicher Kosten mit den Krankenkassen abrechnen müssen.

Infolge dieser Neuregelung ist jedoch zu beobachten, dass einzelne Klinikträger begonnen haben, fachfremde Aufgaben – etwa die Bettenreinigung – systematisch auf Pflegepersonal zu verlagern. Damit verfolgen sie offenbar das Ziel, auch diese Leistungen vollständig über das Pflegebudget refinanzieren zu können. Auch der Helios-Konzern hat diese Praxis inzwischen übernommen

Auch in der Helios HSK Wiesbaden soll, aufgrund einer Grundsatzentscheidung der Konzernzentrale, die Reinigung von Betten ab Mai 2025 schrittweise und bis zum 01.01.26 gänzlich auf das Pflegepersonal übertragen werden. Zu befürchten ist, dass zukünftig weitere Service- und Reinigungstätigkeiten sowie der Patient*innentransport auf die Pflege übertragen werden.

Das Pflegestärkungsgesetz des Bundes, das auf eine Verbesserung der Situation in der Pflege abstellt, wird von einigen Krankenhauskonzernen aus wirtschaftlichen Gründen zur finanziellen Entlastung benutzt. Angesichts der allgemein sehr angespannten Lage in der Pflege und der zunehmenden Arbeitsbelastung für examinierte Pflegekräfte ist es inakzeptabel, dass Reinigungs- und sonstige nicht-pflegerische Tätigkeiten auf qualifiziertes Pflegepersonal übertragen werden, während bislang mit diesen Aufgaben betraute Mitarbeiter*innen umgesetzt oder gar freigesetzt werden. Diese, aufgrund der Grundsatzentscheidung der Konzernzentrale in Berlin auch in der Helios HSK Wiesbaden eingeführte, Praxis widerspricht den Zielen des Pflegestärkungsgesetzes des Bundes, verschärft den Personalmangel in der Pflege, macht den Arbeitsplatz im Pflegebereich weniger attraktiv und verschlechtert die Qualität der Patient*innenversorgung.

Die Übertragung hauswirtschaftlicher Aufgaben wie Reinigungstätigkeiten oder Patient*innentransport auf Pflegepersonal ist nicht nur fachlich ineffizient, sondern führt auch

zu einer spürbaren Minderung der Qualität der pflegerischen Versorgung. Gleichzeitig bedeutet die systematische Umsetzung oder gar Freisetzung von Service- und Reinigungskräften eine Schwächung der hygienischen und organisatorischen Standards im Klinikbetrieb – mit absehbaren negativen Folgen für das Patient*innen erleben und die Versorgungsqualität insgesamt. Diese Entwicklung ist auch wirtschaftlich kontraproduktiv, da sie im Rahmen einer umfassenden Kosten-Nutzen-Betrachtung keine nachhaltigen Einsparungen bringt. Das Pflegestärkungsgesetz des Bundes wurde geschaffen, um die Qualität und Effizienz der Pflege zu sichern und nicht, um Pflegekräfte durch die Übernahme artfremder Tätigkeiten zusätzlich zu belasten. Krankenhauskonzerne wie die Helios HSK Wiesbaden dürfen unter dem Vorwand wirtschaftlicher Effizienz nicht die tragenden Strukturen im Klinikalltag aushöhlen. Vielmehr braucht es eine dauerhaft ausreichende Zahl an qualifizierten Servicekräften, Versorgungsassistent*innen und weiteren unterstützenden Berufsgruppen, um einen funktionierenden und qualitativ hochwertigen Krankenhausbetrieb zu gewährleisten.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden

1) *verurteilt die von einigen Klinikbetreibern eingeführte Praxis, die die neue gesetzliche Regelung ausnutzt.*

2) *fordert die Konzernleitung der Helios Kliniken und die Geschäftsführung der Helios HSK Wiesbaden auf, die Entscheidung zur Übertragung nicht-pflegerischer Servicetätigkeiten auf das examinierte Pflegepersonal schnellstmöglich zurückzunehmen und stattdessen für eine fachgerechte Aufgabenteilung im Krankenhausbetrieb zu sorgen.*

Der Magistrat wird gebeten,

3) *über den Hessischen Städtetag auf eine Klarstellung im Pflegegesetz mit dem Ziel hinzuwirken, dass eine sachfremde Auslegung und Praxis unterbunden wird*

4) *mit der Geschäftsführung der Helios HSK Wiesbaden in den Dialog zu treten mit dem Ziel, die Übertragung nicht-pflegerischer Tätigkeiten auf Pflegepersonal zu beenden und stattdessen eine klare, fachlich begründete Aufgabenverteilung sicherzustellen sowie*

5) *sich bei der Konzernleitung der Helios Kliniken für die dauerhafte Sicherstellung und Stärkung unterstützender Versorgungsstrukturen – insbesondere durch ausreichend qualifiziertes Service-, Reinigungs- und Transportpersonal – einzusetzen.*

Gesine Bonnet/Prof.Dr. Johannes Luderschmidt
Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne

Felix Kisseler
Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Silas Gottwald

Silas Gottwald

Fraktionsvorsitzender, SPD

Ingo von Seemen
Fraktionsvorsitzender, Fraktion Die Linke

Janine Maria Vinha
Fraktionsvorsitzende, Volt

Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Pascal Wolf
Fraktionsreferent, Fraktion Die Linke

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer, Volt

II 13

AW: [EXTERN] Zu Antrag Top II 25-F-63-0029 22.5.25 Stadtverordnetenversammlung

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Dr. Obermayr, sehr geehrte Damen und Herren!

Als Vorsitzende des Seniorenbeirats der Landeshauptstadt Wiesbaden möchte ich folgende Stellungnahme abgeben:

Der Seniorenbeirat bittet neben der barriereärmeren und radfreundlicheren Aufarbeitung des Straßenbelags an ein Leitpflaster für Langstöcke für blinde Menschen zu denken. Außerdem wäre es wichtig bei der Pflasterung auf sehr kleine Fugen und „Plattierung" der Oberflächen zu denken, weil für Rollstuhlfahrer die Benutzung sonst fast unerträglich ist.

CDU
RATHAUSFRAKTION
WIESBADEN

CDU Rathausfraktion · Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden

CDU-Rathausfraktion | Schlossplatz 6 | 65183 Wiesbaden

An den Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
Herr Dr. Gerhard Obermayr

Rathausfraktion
Schlossplatz 6
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611-31 21 59
Telefax: 0611-31 59 10

Wiesbaden, 22. Mai 2025

Umdruck zur Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2025

A. Umsetzungswünsche

B. Protokollerklärungen / Abstimmungsverhalten

I. Protokollerklärungen

- II/7 25-V-02-0005 Handwerksagenda 2030
  „Die CDU-Fraktion stimmt mit Enthaltung zur Sitzungsvorlage. Die Sitzungsvorlage geht in die richtige Richtung. Jedoch wurden die mit Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 07.02.2024 zum Beschluss Nr. 0032 vom 07.02.2024 eingebrachten Ergänzungen nicht berücksichtigt. Insbesondere die fehlende Einbeziehung weiterer Player aus der Industrie sowie die erarbeiteten Lösungen zum Verkehr sind nicht zielführend."

- II/8 25-V-20-0005 Global Nachhaltige Kommune Hessen - Bestandsaufnahme und Strategieentwicklung als Grundlagen für eine kontinuierliche Nachhaltigkeitsberichterstattung bei der Landeshauptstadt Wiesbaden
  „Die CDU-Fraktion stimmt mit Enthaltung zur Sitzungsvorlage. Die dargestellte Kostenneutralität ist nicht gegeben, da Arbeitsstunden vorhandenen Personals in Anspruch genommen werden, welche an anderen Stellen dann fehlen. Im Übrigen sollten perspektivisch die Aufwendungen für Berichts- & Dokumentationspflichten reduziert statt ausgebaut werden."

- II/18 25-V-52-0004 Zuschüsse für Wiesbadener Sportvereine für langlebige Sportgeräte 2025 (1. Verteilung)
  Stadtverordneter Rainer Pfeifer nimmt an der Abstimmung nicht teil.

II. Abstimmungsverhalten

Tagesordnung II

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/3 25-F-63-0029 Erhalt von Kopfsteinpflaster-Straßenbelägen und deren barriereärmere und radfreundlichere Aufarbeitung (Ablehnung nur zu Ziffer 2b)
- II/4 25-F-63-0030 Bus- und Radbeschleunigung (Ablehnung nur zu Ziffer 2)

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- II/3 25-F-63-0029 Erhalt von Kopfsteinpflaster-Straßenbelägen und deren barriereärmere und radfreundlichere Aufarbeitung (Enthaltung nur zu Ziffer 2c)
- II/7 25-V-02-0005 Handwerksagenda 2030
- II/8 25-V-20-0005 Global Nachhaltige Kommune Hessen - Bestandsaufnahme und Strategieentwicklung als Grundlagen für eine kontinuierliche Nachhaltigkeitsberichterstattung bei der Landeshauptstadt Wiesbaden

Tagesordnung IV

Die CDU-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgendem Tagesordnungspunkt:

- IV/6 25-V-20-0011 Jahresabschlussbericht der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2024

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Dr. Gerhard Obermayr
- im Hause -

Freie Demokraten
FDP im Rathaus

Wiesbaden, 21. Mai 2025

Protokollnotiz und Abstimmungsverhalten der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2025

1. **Umsetzungswünsche auf TO I**

   Fehlanzeige

2. **Protokollerklärungen**

   Fehlanzeige

3. **Abstimmungsverhalten**

   Die FDP-Fraktion stimmt mit **Nein** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

   - **II/3** *Erhalt von Kopfsteinpflaster-Straßenbelägen und deren barriereärmere und radfreundlichere Aufarbeitung*
   - **II/4** *Bus- und Radbeschleunigung*

   Die FDP-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

   - **II/6** *Sonderprogramm (Sopro) der Wiesbadener Jugendwerkstatt gGmbh*
   - **II/8** *Global Nachhaltige Kommune Hessen - Bestandsaufnahme und Strategieentwicklung als Grundlagen für eine kontinuierliche Nachhaltigkeitsberichterstattung bei der Landeshauptstadt Wiesbaden*

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

AfD | Rathausfraktion Wiesbaden

Wiesbaden, 20.05.2025

Protokollnotiz der AfD-Fraktion zur STVV am 22.05.2025

ÄNDERUNGEN ZUR TAGESORDNUNG I

1. **Vorschläge zur Umsetzung**
   keine

2. **Vorschläge zur Absetzung**
   Keine

PROTOKOLLERKLÄRUNGEN / ABSTIMMUNGSVERHALTEN DER AFD-FRAKTION

3. **Protokollerklärungen der AfD-Fraktion zu folgenden Tagesordnungspunkten**

4. **Abstimmungsverhalten**

4.1 Tagesordnung II

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

• II/1.	Gedenken für die Befreiung	24-F-55-0003
• II/4.	Bus- und Radbeschleunigung	25-F-63-0030
• II/7.	Handwerksagenda 2030	25-V-02-0005
• II/8.	Global Nachhaltige Kommune Hessen...	25-V-20-0005
• II/10.	Neufassung der städtischen Förderrichtlinien	25-V-20-0014
• II/11.	Anwendung eines Kennzahlenmodells zur Bestimmung...	25-V-33-0001
• II/12.	Förderung von Maßnahmen zur Haus- und Hofbegrünung...	25-V-36-0007
• II/18.	Zuschüsse für Wiesbadener Sportvereine für langlebige...	25-V-52-0004
• II/19.	Konzeptpapier Öffentliche Toiletten in Wiesbaden	25-V-70-0002
• II/20.	Gesellschafterdarlehen für die B2P Bio2Power GmbH	25-V-70-0003

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

• II/6.	Sonderprogramm (Sopro) der Wiesbadener Jugendwerkstatt...	25-V-02-0002
• II/13.	Protokoll des Klimaschutzbeirates vom 23. Januar 2025	25-V-36-0009
• II/15.	Kulturentwicklungsplanung - Fortschreibung des Kulturent...	25-V-41-0004

AfD Stadtverordnetenfraktion Wiesbaden
Schloßplatz 6 • 65183 Wiesbaden
afd@wiesbaden.de https://afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de/
www.facebook.com/afd.fraktion.wiesbaden

5.2 Tagesordnung III

5.3 Tagesordnung IV

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Ablehnung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/8. Gesetzesänderung zur Aufhebung der verpflichtenden Erstellung...25-V-20-0013

Die AfD-Fraktion stimmt mit **Enthaltung** zu folgenden Tagesordnungspunkten:

- IV/3. Halbjährlicher Bericht (II/2024) über die Aufnahme... 25-V-20-0007

5. **Anlagen, Beschlüsse, Stellungnahmen**
   Werden von Amt 16 gesammelt

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Beckmann
Büroleiter
AfD-Rathausfraktion Wiesbaden

Fraktionsgemeinschaft

FWG Wiesbaden

INITIATIVE pro auto

Schloßplatz 6
65183 Wiesbaden
fraktion@fwg-proauto.de
fraktionsgemeinschaft.fwg-proauto.de

Fraktion FWG / Pro Auto, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden

An den Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Dr. Gerhard Obermayr

über Amt 16

Wiesbaden, den 20.05.2025

Fraktion FWG / Pro Auto
Abstimmungsverhalten zur Stadtverordnetenversammlung am 22.05.2025

Sehr geehrter Herr Dr. Obermayr,

wir bitten Sie unser folgendes Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen:

Tagesordnung II
TOP 4: **25-F-63-0020 –** Bus- und Radfahrbeschleunigung
- ⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 8: **25-V-20-0005–** Globale Nachhaltige Kommune Hessen
- ⇨ Die Fraktion stimmt mit **NEIN**
- ⇨ **Protokollnotiz:**
  Natürlich muss auch auf kommunaler Ebene auf Nachhaltigkeit geachtet werden, jedoch sehen wir hier das Einziehen von Doppelstrukturen und somit unnötigem Bürokratieaufbau

TOP 10: **25-V-20-0014 –** Neufassung der städtischen Förderrichtlinien
- ⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 11: **25-V-33-0001** – Anwendung eines Kennzahlenmodells zur Bestimmung der quantitativen Ausstattung der Bereiche 3303 Ausländerbehörde und 330210 Einbürgerung mit Planstellen im Stellenplan

⇨ Die Fraktion stimmt mit **NEIN**

TOP 12: **25-V-36-0007**– Förderung von Maßnahmen zur Haus- und Hofbegrünung – Fördergebiet Mainz-Kostheim Mitte

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 14: **25-V-37-0001** – Temporärer Bestandserhalt Feuerwache 1 - Ausführungsvorlage

⇨ **Protokollnotiz:**
Wir wünschen uns mehr Tempo bei der Sanierung der Feuerwache 1 und werden dazu weitere Anträge einreichen!

TOP 19: **25-V-70-0002** – Konzeptpapier Öffentliche Toiletten in Wiesbaden

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

Tagesordnung IV:

TOP 1: **24-F-16-0016** – Der Fall Ralph Schüler und die finanziellen Auswirkungen der Stadt

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 3: **24-V-82-0012** – Ausschreibung Gebäudeversicherung RMCC und Kurhaus

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 4: **25-V-20-0008** – Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2024

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

TOP 5: **25-V-20-0010** – Feststellung Gewährungsfall

⇨ Die Fraktion stimmt mit **Enthaltung**

Mit freundlichen Grüßen

Christian Bachmann
Fraktionsvorsitzender

Andreas Ott
Fraktionsgeschäftsführer